

Nachrichten

Schulterschluss gegen Kohle

Auf der anderen Elbseite formiert sich der „pragmatische Widerstand“ gegen die Stader Pläne

Stade/Haseldorfer Marsch. (pa). Sie sind einerseits ganz weit weg, andererseits näher dran als mancher Stader: Menschen aus der Haseldorfer Marsch – direkt gegenüber dem Bützflether Industriegebiet auf der anderen Elbseite. Dort hat sich ein massiver Bürgerprotest gegen die Planungen für drei Kohlekraftwerke formiert. Im Unterschied zu den örtlichen Protestgruppen – der Bützflether „Bürgerinitiative für eine umweltfreundliche Industrie“ (BI) und der Altländer Gruppe – haben die Haseldorfer ganz entscheidende Mitstreiter: die Kommunalpolitiker vor Ort.

„Wir bekommen hier den ganzen Dreck ab, rund 90 Prozent des Windes geht in unsere Richtung“, sagt Niels-Peter Rühl. Der Meereskundler und pensionierte Vizepräsident des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie kämpft an vorderster Front in der „Bürgerinitiative gegen massive umweltbelastende Industriekonzentration in Stade“ gegen die projektierten Kohlemeiler. Der Haseldorfer gehört zu einer breiten Allianz einer Gegenbewegung, die von Menschen aller politischer Couleur getragen wird. Sie eint nur eins: Die Angst vor gesundheitlichen Belastungen, umweltpolitischen Schäden und wirtschaftlichen Negativfolgen für ihre Region, die vom Naturschutz-Tourismus (Naturschutzgebiet Elbe-Ästuar) ebenso lebt wie etwa vom Obstbau. Und beides stehe im heftigen Widerspruch zu den Stader Plänen, sagen die Protestler.

Im Einfamilienhaus von Harald Jürgs in dem kleinen Dorf Haselau treffen sich die zehn, fünfzehn aktiven Mitstreiter regelmäßig, um ihre Linie und ihr Aktionsprogramm für die nächsten Wochen festzuzurren. Jürgs gehört nicht direkt zur Bürgerinitiative, sondern kommt aus der Kommunalpolitik. Als stellvertretender Bürgermeister von Haselau unterstützt der Politiker der örtlichen Wählergemeinschaft den Kampf gegen die Kohlemeiler. Mit dabei ist auch die CDU-Politikerin Barbara Ostmeier. Sie ist Bürgermeisterin von Hetlingen und kandidiert im nächsten Jahr für den Landtag. Für Ostmeier macht gerade „die Schlagkraft der Initiative aus, dass alle an einem Strang ziehen“. Sie bezeichnet die Gruppe als „pragmatisch“, sieht den „kleinsten gemeinsamen Nenner“, auf den sich alle einigen konnten.

Deshalb würden sich Grundsatzdiskussionen etwa zum Sinn von Kohlekraftwerken oder zur Wiederbelebung der Atomkraft vermieden, sagt Rühl. „Wenn wir uns hier in die eine oder andere Richtung festlegen würden, würde uns die Hälfte der Leute weglaufen“, fürchtet Dr. Wolfgang Werther von der BI. So ist denn auch die zentrale Forderung nicht unbedingt die Vermeidung aller Kohlekraftwerke, sondern die Begrenzung auf maximal eines. Und das sollte technisch topp sein, über die vorgegebenen Grenzwerte hinausgehende Abgasreinigungen bieten, so die Forderung der Gruppe. Auch Kraft-Wärme-Kopplung sei ein Gebot der Stunde. Ihre Position ist ähnlich der der Bützflether Initiative, mit der natürlich intensiv kooperiert wird: Wenn schon ein Kohlemeiler, dann nur einer und der technisch beste. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang das Konzept von Dow/EnBW (Energie Baden-Württemberg) erwähnt.

Drei Großveranstaltungen mit jeweils 200 Zuhörern – „das ist für unsere Region verdammt viel“ (Ostmeier) – hat die Initiative bisher organisiert. Die Menschen vor Ort seien sensibilisiert, sagt Niels-Peter Rühl. Hunderte von „Sympathisanten“ hätten per Unterschrift ihren Unmut kundgetan und unterstützten ihre Sache. Sieben Gemeinden und die Stadt Uetersen haben Gelder zur Verfügung gestellt, um Experten und Juristen bezahlen zu können, die im Zuge der Genehmigungsverfahren die Interessen der Bürgerinitiativen vertreten. Allein 2008 sind 25 000 Euro von den Kommunen zur Verfügung gestellt worden. „Bei Bedarf wird weiteres Geld folgen“, verspricht Bürgermeisterin Ostmeier.

Der Pinneberger Kreistag hat zudem eine Resolution gegen die Kohlepläne verabschiedet. Auch ihren Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen haben die Initiativler mobilisiert. Doch der beißt bei seinem Kollegen Christian Wulff auf Granit. Immerhin: Es gibt jetzt eine länderübergreifende Arbeitsgruppe (Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein), die sich mit dem Thema befasst. Das berge zwar einerseits die Gefahr, dass das Thema auf die lange Bank geschoben werde, biete aber die Chance für ein vernünftiges Energiekonzept der Küstenländer – eine der zentralen Forderungen der Haseldorfer.

Wie werden sie weitermachen? Einerseits werden sie (mit ihren Experten und Juristen) beim weiteren Verfahren und den Anhörungen dabei sein. Andererseits wollen sie intensiv auf der politischen Schiene weiterfahren. Sie erwarten einen Genehmigungsstopp, bis ein Konzept für den norddeutschen Raum vorliegt sowie ein Emissions- und Immissionskataster und regelmäßige Messungen. Hier werden sie auch gezielt das Gespräch mit Stader



Von einem Erholungsgebiet weit entfernt: Blick von der Haseldorfer Marsch auf die Bützflether Industriekulisse.



Die Aktiven von der BI mit ihren Sprecher Niels-Peter Rühl (Zweiter von links). Sie agieren gemeinsam mit Kommunalpolitikern wie Bürgermeisterin Barbara Ostmeier (Dritte von links). Foto: von Allwörden

und Hannoveraner Politikern suchen – auch mit denen im Stader Stadtrat, die sich – bis auf die Grünen – bisher voll hinter die Kraftwerkspläne gestellt haben. Sie könne die Position vor dem Hintergrund der Arbeitsplätze und der Sicherung des Industriestandortes nachvollziehen, sagt CDU-Politikerin Ostmeier, aber sie habe kaum Verständnis dafür, dass sich in Stade keinerlei politische Diskussion über die Zahl der Kraftwerke an dem Standort ergäbe. Und diese Diskussion wollten sie gerne suchen mit den Stadern.

Schließlich ist die Gruppe auch bereit, mit den Betreibern und Planern der Kraftwerke ins Gespräch zu kommen. BI-Sprecher Rühl – ganz pragmatisch: „Zumindest haben wir so die Chance, etwa auf dem Weg der freiwilligen Vereinbarung technische Verbesserungen durchzusetzen, die über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen.“ Schließlich, findet der Initiator, müsse den Unternehmen ja auch an einem guten Image gelegen sein – und das ließe sich so aufpolieren.

Und wenn das alles nichts hilft? „Dann haben wir unsere Eskalationsstrategie schon im Hinterkopf“, versichert Rühl. Worin die besteht, will er nicht verraten. Nur soviel: Sie beschränke sich sicher nicht darauf, ein Paar Protestschilder aufzustellen ...

Seit 2008 aktiv

Zeitgleich mit der Bützflether Bürgerinitiative bildete sich im Frühjahr 2008 auf der anderen Elbseite die „Bürgerinitiative gegen massive umweltbelastende Industriekonzentration in Stade“. Nur wenige Kilometer Luftlinie von den ausgeguckten Standorten der drei projektierten Kohlekraftwerke von Electabel, Eon und Dow/EnBW entfernt, haben die Menschen der Haseldorfer Marsch Angst vor Umwelt- und Gesundheitsschäden. Die Region lebt wie das Alte Land vor allem vom Obstbau und Tourismus. Sie ist nicht nur wegen der Nähe betroffen, sondern, weil sie in der Hauptwindrichtung liegt, kommen rund 90 Prozent der Schafstoffe in der Luft in der Haseldorfer Marsch an. Die Bürgerinitiative wird dort parteiübergreifend von der Kommunalpolitik unterstützt.

www.bi-haseldorfer-marsch.de



Artikel drucken

Fenster schließen

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG